

# **Die Fake News-Verschwörung!**

## **Medien-Rassismus, Kritik-Terroristen & die Abschaffung der Pressefreiheit**

von Guido Grandt

[veröffentlicht von watergateTV](#) und in einem Newsletter vom 23.12.2016

Unzufriedenheit, Wut und Angst – das beherrscht die Bürger in Europa und damit auch in Deutschland immer mehr. Die anfänglich steife Brise, die den Politikern aller Couleur ins Gesicht wehte, ist längst schon zu einem Hurrikan geworden. Spätestens seit dem Sieg des als „Populisten“ verschmähten neuen US-Präsidenten Donald Trump, der es der ganzen Welt mal so richtig gezeigt hat.

Tatsächlich suchte er nicht nur die Nähe der Bürger, sondern sprach sich mit dem Munde des Volkes gegen das herrschende Establishment aus. Das dürfte wohl der Hauptgrund für seinen Wahlsieg gewesen sein.

Das verunsichert die Politiker hüben und drüben des großen Teichs. Und zwar so sehr, dass sie sich für die 2017 in Europa anstehenden Wahlen (Parlamentswahl in Italien und in den Niederlanden, Präsidentschaftswahl in Frankreich, Bundestagswahl in Deutschland, Parlamentswahlen in Griechenland und in Norwegen) eine neue Strategie ausgedacht haben, damit die „Populisten“ nicht triumphieren. Diese Strategie heißt: Fake News!

### ► **„Establishment-Waffe“ Fake News**

Mit Fake News sind erfundene oder gefälschte Nachrichten gemeint oder solche in denen sich Fakten mit Fiktionen mischen. Durch eine gezielte Aussonderung von Informationen wird ein falsches Meinungsbild konstruiert, das die Sicht auf die Welt manipuliert. Der Medienkonsument soll nicht mehr wissen, welche Nachrichten real – und welche frei erfunden sind. Menschen nehmen also Dinge für bare Münze, die in ihr Weltbild passen, ziehen sich dadurch in eine „Filterblase“ zurück, in der sie nicht mehr an wahre Dinge glauben. So die herkömmliche Begründung. Ferner soll es eine regelrechte Industrie für die Verbreitung von gefälschten Meldungen geben, mit denen viele Werbegelder verdient werden können.

Doch in der aufgeheizten Debatte wird ausblendet, dass gezielte Falschmeldungen von Politikern schon lange existieren. Denn seit je her sind diese Bestandteil von Kriegspropaganda, willig von den Massenmedien aufgegriffen und verbreitet.

Denken Sie beispielsweise an den Irak-, Libyen- oder auch an den Syrienkrieg. Mit gefälschten Meldungen wurden und werden völkerrechtswidrige Kriege offiziell „legitimiert“. Bewusst werden diese Fake News auch von westlichen Mainstream-Medien gestreut. Und das ganz im Sinne der Regierenden, um ihr Volk ruhig zu stellen.

So einfach ist manchmal die Wahrheit.

### ► **US-Fake News benachteiligten Donald Trump**

Sie erinnern sich: Der designierte US-Präsident Donald Trump warf den Establishment-Medien (Washington Post, New York Times, ABC, NBC, CNN etc.) im Wahlkampf vor, sich gegen ihn verschworen zu haben. „Lügenpresse“ auf Amerikanisch. Dafür ist er von seinen Gegnern verspottet und verhöhnt worden. Auch und gerade aus Deutschland. Doch das völlig zu Unrecht!

Über Monate hinweg sagten fast alle Medien und Demoskopien einen klaren Sieg für Konkurrentin Hillary Clinton voraus. Dies sollte den Wählern suggerieren, dass sie Trump gleich gar nicht wählen brauchen, weil dieser ohnehin keine Chance hat. So berichtete beispielsweise die New York Times noch am Wahlabend, dass Clinton eine 84-prozentige Chance auf den Sieg habe. Die Huffington Post ging sogar von 98,2 Prozent aus. Damit sollten die „Spätentscheider“ beeinflusst werden. Bis zum Schluss waren nahezu alle Prognosen wie aus einem Guss: Einen Tag vor der Wahl, sahen Umfragen, die von Bloomberg, CBS, ABC, NBC, USA Today, Washington Post, dem Economist etc. veröffentlicht worden waren, Clinton vor Trump. Reuters prognostizierte mit dem Marktforschungsinstitut Ipsos zuletzt sogar eine 90 prozentige Siegeswahrscheinlichkeit für Clinton.

### ► **Wenn das keine Wahl-Beeinflussung mit Fake News war, dann weiß ich auch nicht!**

Nach seinem Wahlsieg schickte Trump ein mächtiges Donnerwetter Richtung Medien. Und das nicht ohne Wirkung. So gelobte beispielsweise der New York Times-Herausgeber Arthur I. Sulzberg Jr., zukünftig „unparteiisch und fair“, also „ehrlich, ohne Angst und Bevorzugung“ über den neuen US-Präsidenten und sein Team berichten zu wollen. Ich frage mich: Wie peinlich ist das denn? Die größte US-Zeitung gibt damit zu, indirekt parteiisch (für Clinton) gewesen zu sein und will sich nun bessern.

### ► **Deutsches „Umerziehungsprogramm“ der Medienkonsumenten**

Auch das Vertrauen der Deutschen in die Presse schwindet. Immerhin zeigt eine bundesweite und repräsentative Studie des Bayerischen Rundfunks von Mai 2016, dass nur 31 Prozent der Befragten glauben, Journalisten würden mit ihrer Berichterstattung die „Mächtigen“ im Land, also Staat, Regierung, Wirtschaft, einflussreiche Personen und Interessengruppen, kontrollieren. So wie es eigentlich sein sollte. Aber ganze 55 Prozent sind der Meinung, dass Medien eine „Stütze des Establishments“ sind! Was für ein Armutszeugnis für die teilweise so hochnäsigen Leitmedien.

Fakt ist: Diese Medien sind längst Teil des Establishments geworden, wie wir das auch in den USA gesehen haben. Der eigentlich kritische Journalismus degenerierte zu einem „Umerziehungsprogramm“ der Medienkonsumenten, um sie auf „Mainstream-Linie“ zu bringen. Und das oft mit geradezu scheinheiliger Manier und unter dem Deckmantel der neutralen Berichterstattung. Mediendemokratie ade!

Das alles be- und entfremdet die Leser, Zuschauer und Zuhörer. Aus diesem Vertrauensverlust wird Wut und manchenorts auch der Aufschrei nach dem Ende der „Lügenpresse“!

### ► „Medien-Rassismus“ & „Abgehängte“

Viel schlimmer aber noch ist, dass nicht nur eine Art „Medien-Rassismus“ entstanden ist, sondern sogar hoffähig gemacht wurde. Das heißt, dass diejenigen, die nicht ins Establishment-Konzept passen, als „Pack“, „Pöbel“, „Sozialverlierer“, „Rechte“ oder „Nazis“ beschimpft und verunglimpft werden, wie am Beispiel von AfD-oder Pegida-Anhängern zu erkennen ist. Sie alle in ein solches Kollektiv zu stecken, ohne die Sorgen und Nöte der ganz normalen Bürger – und nicht der Links- oder Rechtsextremisten – ernst zu nehmen, ist fatal! Mehr noch: Eine versteckte Form des ab- und ausgrenzenden Rassismus, den die Politiker und die Medien verbreiten. Denn ihr Kampf für das scheinbar Gute, wie er dargestellt wird, ist immer der Kampf gegen die sogenannten „Abgehängten“!

Der Publizist Klaus-Jürgen Gadamers schrieb in der Huffington Post: „Auf der einen Seite geht es um eine institutionalisierte, flächendeckende von den Steuerzahlern bezahlte Erziehung zur ‚richtigen‘ Meinung – auf der anderen Seite um Einzelne, die sich nicht repräsentiert und an die Wand gedrängt fühlen. Der politisch korrekte linke Stand hat die Medien übernommen und bestimmt dadurch die Meinungsbildung des Volkes. Da bilden die privaten Medien keine Ausnahme.“

Genau diese Einschätzung bringt das ganze Dilemma auf den Punkt!

### ► „Fake News-Verschwörung“ 1: Feindbild Russland

Doch anstatt Einsicht zu zeigen, schlägt das Medien-Establishment zurück. Auf seine eigene Art. So sollen russische Hacker dem neugewählten US-Präsidenten Donald Trump zum Wahlsieg verholfen haben. Dieser weist das genauso energisch zurück, wie der Kreml. Tatsächlich fehlen für diese Anschuldigungen jegliche Belege. Der Wikileaks-Vertraute Craig Murrey bezeichnet die Vorwürfe als haltlos. Vielmehr sieht er in dieser Kampagne ein Kampf des Mainstreams gegen alternative Stimmen.

Die staatlich gesteuerte Fake-News-Verschwörung macht auch vor Deutschland nicht halt. Denn auch hier macht sich in den politischen Elfenbeintürmen die Furcht vor einer gezielten Beeinflussung der Bundestagswahl 2017 breit. Von Panik beseelt verbreitet die Establishment-Presse, dass die Russen ein neues Angriffsziel hätten: Die öffentliche Meinung in Deutschland. Der Kreml würde bewusst gestreute und gesteuerte Falschmeldungen einsetzen.

### ► Deutschland soll destabilisiert und die AfD gestärkt werden!

Mit Blick auf russische Geheimdienste sieht der FDP-Vorsitzende Christian Lindner diese Sorge als berechtigt an: „Es ist schon jetzt absehbar, dass von Russland gesteuerte Online-Medien Fehldeutungen und Falschinformationen verbreiten. Das ist die Spitze des Eisbergs. Damit soll unser Land destabilisiert und die AfD gestärkt werden.“ Sogar der ansonsten so jovial auftretende CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach lässt sich von dieser Hysterie anstecken: „Die Gefahr der Einflussnahme

durch gezielte Infiltration von außen mit dem Ziel der Manipulation von Fakten oder Meinungen besteht generell, auch für die Bundestagswahl 2017“, sagt er.

Der CSU-Innenpolitiker Stephan Mayer gibt zum Besten: „Die Gefahr ist sehr groß, dass Hackerangriffe auf Parteien und Fraktionen und Desinformationskampagnen zunehmen werden.“ Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, legt verschwörerisch nach: „Leider sind solche Aktivitäten auch in Deutschland nicht mehr auszuschließen. Hackerangriffe, wie auf den Bundestag, machen auch vor demokratischen Institutionen nicht mehr halt. Im Wahlkampf werden wir uns auf Verzerrungen und Lügengeschichten einstellen müssen.“ Und sein Parteichef Sigmar Gabriel twittert passend: „Wir fordern Schulterschluss der Demokraten gegen Mittel wie manipulative ‚Social Bots‘ und den gemeinsamen Kampf gegen ‚Fake-News‘!“

Ach ja: Als russische „Propagandamedien“ in Deutschland gelten RT Deutsch, Sputnik Deutschland und Russia Today. Mit ihrer Hilfe soll auch Antiamerikanismus verbreitet werden. Ehrlich gesagt, lache mich gleich kaputt, wenn es nicht so ernst wäre: Hierzulande verbreiten alle, sogar die staatlichen – sprich öffentlich-rechtlichen – Medien seit Jahren, russophobe Propaganda!

#### ► **BILD: „Großangriff „zur Bundestagswahl**

Natürlich reiht sich auch Europas größte Boulevardzeitung in diese „Verschwörungsszenarien“ mit ein. So verkündet das Blatt gar „Putins Großangriff zur Bundestagswahl 2017“. Und weiter: „Russland führt einen hybriden Krieg gegen den Westen, um die Gesellschaften zu schwächen und seine eigene Position zu stärken.“

Doch die Experten, die die BILD für diese These anführt, sind allesamt „Amerikahörig“. Beispielsweise Janis Sarts, Direktor von NATO StratCrom, einer Denkfabrik des Transatlantik-Bündnisses. Oder Maksymilian Czuperski, Russland- und Propaganda-Experte der Denkfabrik Atlantic Council. Natürlich darf auch ein Fachmann vom European Council on Foreign Relations nicht fehlen. So erklärt Gustav Gressel, dass seit Monaten die Cyber-Angriffe aus Russland gegen den Bundestag und andere Regierungsstellen steigen würden, um nicht so wie früher die Server lahmzulegen, sondern um Daten zu stehlen. Die Hacker-Angriffe seien nur die Vorarbeit für das, was während des Bundestagswahlkampfes noch kommen möge. Im Prinzip gehe es darum, Protokolle, Emails und andere Dokumente zu sammeln, die Einzelpersonen oder Parteien in ein schlechtes Licht rücken könnten: Peinlichkeiten, Belege für parteiinterne Zerrissenheit, Flügelkämpfe und andere belastende Informationen.

#### ► **Enthüllungen über Angela Merkel und andere Bundespolitiker?**

Gustav Gressel warnt aber noch vor etwas anderem: „Wir müssen davon ausgehen, dass diese Daten 2017 verwendet werden, um Personen, insbesondere Merkel, persönlich oder die Bundesregierung bzw. Teile davon zu diskreditieren.“ Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen bestätigt diese Ängste: „Wir sehen eine mögliche Gefährdung von deutschen Regierungsgliedern,

Bundestagsabgeordneten und von Mitarbeitern der demokratischen Parteien durch Cyberoperationen.“ Aus Cyberattacken erlangte Informationen könnten auch im Wahlkampf auftauchen, um Politiker zu diskreditieren.

Darum also herrscht in vielen Ämtern in Berlin, wie sich Gressel ausdrückt, eine „Alarmstimmung“: Die Politiker befürchten, dass durch Cyberattacken unbequeme Wahrheiten über sie oder ihr Treiben bekannt werden! Ich sage Ihnen: Sollte das tatsächlich der Fall sein, dass dadurch gewisse Dinge endlich ans Tageslicht kommen, kann das nur begrüßt werden.

Wikileaks lässt grüßen!

### ► **Fake News-Verschwörung 2: Flüchtlings-Sex-Mob**

Gustav Gressel vom European Council on Foreign Relations meint außerdem, dass es eine Zusammenarbeit von syrischen, russischen und anderen Geheimdiensten mit der russischen Mafia geben würde. Und all das, um Deutschland zu schaden. Und jetzt wird's noch abenteuerlicher: „Ein Teil der Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien, wenn auch nur ein sehr kleiner Teil, hatte Verbindungen zu Assads- oder Saddam Husseins Geheimdiensten“, will er wissen. Diese Menschen könnten gezielt von Geheimdienstagenten oder aus Mafiakreisen angesprochen und für Störaktionen instrumentalisiert werden! Und er fragt: „Was würde zum Beispiel passieren, wenn sich auf einem Sommerfestival vor der Wahl etwas ähnliches wiederholt wie in Köln zur Silvesternacht? Wie würde Merkel dann da stehen? Was wäre die Konsequenz für die Bundestagswahl? Natürlich ist das ein extremes Beispiel, aber es ist im Bereich des Möglichen!“

Also noch einmal: Russische, syrische oder andere Geheimdienste könnten einen Flüchtlings-Sex-Mob instrumentalisieren, um Merkel bei der Bundestagswahl eine empfindliche Schlappe beizubringen? Ich fasse es nicht! Das ist mehr als eine Verschwörungstheorie, das ist blanker Unsinn!

Allerdings bin ich gespannt, wann mit dieser Ausrede die sexuellen Übergriffe von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Köln und in anderen Städten in der vergangenen Silvesternacht entschuldigt werden.

### ► **Fake News-Verschwörung 3: Politik-Desinformationskampagnen**

Selbst die Unzufriedenheit der deutschen Wähler mit ihren selbsterhöhten Volksvertretern lässt sich ganz einfach erklären. „Wir haben bereits in den letzten drei Jahren erfahren müssen, wie massive Desinformationskampagnen unsere Wahrnehmung verzerren können“, meint beispielsweise Anke Schmidt-Felzmann vom Institut für Auslandspolitik in Stockholm. „Alle Maßnahmen zielen darauf ab, das Vertrauen der deutschen Wähler in die etablierten deutschen Parteien und Politiker sukzessiv zu untergraben und die deutsche Demokratie nachhaltig zu stören.“

Das heißt nichts anderes, als dass die Bürger hierzulande nur mit der Politik unzufrieden sind, weil Desinformationskampagnen ihr Vertrauen in die etablierten Parteien zunichtemachen. Nicht aber, weil diese Volksvertreter zum Teil vielleicht unfähig sind, ihr Mandat für den Souverän, also das Staatsvolk, sinnvoll einzusetzen.

Unglaublich!

### ► Vereint im Kampf gegen Fake News

Stimmen aus der CSU sind laut geworden, die Falschmeldungen, sprich „Desinformationskampagnen im Internet“, künftig sogar als Straftatbestand einstufen wollen. Dafür fehle heute jedoch noch die rechtliche Grundlage, so Stephan Mayer. Das World Wide Web soll verstärkt auf die Verbreitung von Falschmeldungen untersucht werden.

Aber auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière, Bundesjustizminister Heiko Maas und sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel haben bereits zum Kampf gegen Fake-News aufgerufen. Manch einer denkt bei der Verbreitung von Falschmeldungen gar an die Verhängung von Gefängnisstrafen, wie in vielen autoritären Staaten bereits üblich.

Ich bin mir sicher, dass schon bald Gesetzesinitiativen gegen Fake News auf den Weg gebracht werden. Voraussichtlich sogar noch vor dem Endspurt zum Bundestagswahlkampf.

### ► EU: Bald jeder Kritiker ein „Terrorist“?

Die Furcht vor Fake-News und Russenpropaganda, vor Enthüllungen, unbequemen Meinungen aus dem eigenen Volk, Verlust von Posten und Macht, ist wahrlich übermächtig. Sogar in der EU!

Am 23. November 2016 verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung, in der russische Nachrichtenagenturen wie Russia Today, RIA Novosti und Sputnik faktisch mit der ISIS-Propaganda gleichgesetzt werden. Die Begründung: Russische Medien würden eher eine „militärische als informierende Funktion erfüllen, ausgerichtet auf die Zerstörung europäischer Werte“.

Aber das ist noch nicht alles, denn die EU macht – anders als beispielsweise in der Flüchtlingskrise – Nägel mit Köpfen. So wurde eine neue Richtlinie über den Begriff des „Terroristen“ soweit gefasst, dass er auch auf Kritiker anwendbar ist! Konkret heißt es dort (Hervorhebungen durch mich):

„Diese Richtlinie enthält eine Reihe schwerer Verbrechen wie Angriffe auf das Leben einer Person als vorsätzliche Handlungen, die als terroristische Straftaten qualifiziert werden können, wenn und soweit ein bestimmtes terroristisches Ziel verfolgt wird. Zum Beispiel um eine Bevölkerung ernsthaft einzuschüchtern oder unrechtmäßig eine Regierung oder internationale Organisation zu zwingen, eine Handlung durchzuführen oder zu unterlassen. Oder die grundlegenden politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Strukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören. Die Bedrohung, solche vorsätzlichen Handlungen zu begehen, sollte auch als terroristische Straftat angesehen werden, wenn sie auf der Grundlage objektiver Umstände festgestellt wird, die mit einem solchen terroristischen Ziel begangen wurden. Im Gegensatz dazu gelten Handlungen, die zum Beispiel eine Regierung unter Druck setzen, ohne jedoch die Tatbestände der umfassenden Liste der

schweren Verbrechen zu erfüllen, nicht als terroristische Straftaten im Sinne dieser Richtlinie.“

► **Ich fasse zusammen:**

Jeder Kritiker (an den wirtschaftlichen und/oder sozialen Strukturen), der sozusagen „einschüchtert“, kann als „Terrorist“ eingestuft werden. Die Regierung kann den Begriff des „Terrorismus“ nach politischer Ausrichtung anwenden, also rechts, links, liberal etc. Das Demonstrationsrecht kann eingeschränkt, öffentliche Proteste können kriminalisiert, die Meinungsfreiheit unterdrückt werden. Die Sperrung von Websites ist schon mit einem einfachen Verwaltungsakt und mit der Begründung der „Destabilisierung“ der politischen und wirtschaftlichen Realitäten möglich. Nicht nur die Betreiber der Webseiten können zur Verantwortung gezogen werden, sondern auch die Besucher/Leser. Ein Rechtsmittel gegen die Blockade der Websites gibt es nicht.

Bedenken Sie: Diese Maßnahmen könnten mit einem Abkommen mit Whatsapp, Facebook, Instagram & Co. noch ausgeweitet und auch auf Fake News angewandt werden! Damit könnte jeder (Staats-)Kritiker als „Terrorist“ gelten!

Dementsprechend kritisiert Human Rights Watch, dass diese EU-Richtlinie den Regierungen viel zu viel Spielraum lasse, um sie missbrauchen zu können. Sie könnten sogar so weit ausgelegt werden, dass sie zu einer Verletzung von Bürgerrechten führen.

► **Selbstzensur in Österreich?**

In unserem Nachbarland Österreich hat der Presserat als Selbstkontrollorgan inzwischen eine „Checkliste“ zusammengestellt, die Medien als Anleitung bei der Berichterstattung über Flüchtlinge dienen soll. Oder anders ausgedrückt: Wie man verantwortungsvoll über sie berichtet.

Ja, Sie haben richtig gelesen! Da dieses Thema in der Bevölkerung und in den Medien „emotional und kontrovers“ diskutiert würde, wolle man mit dieser Checkliste eine „Selbstreflexion“ ermöglichen. Eine „Orientierungshilfe für die Praxis“.

► **Lesen Sie nachfolgend diese „Checkliste des Presserats („Verantwortungsvoller Journalismus in der Flüchtlingsberichterstattung“) im Wortlaut:**

- Würde ich über ein Fehlverhalten auch dann berichten, wenn es nicht von einem Ausländer/Asylwerber/Migranten gesetzt worden wäre?
- Habe ich das Thema ausreichend recherchiert, gehen meine Quellen über bloße (Internet-)Gerüchte hinaus?
- Wurden jene Fakten präsentiert, die für eine umfassende und ausgewogene Darstellung meines Themas notwendig sind?
- Habe ich geprüft, ob durch meine Berichterstattung/meine Wortwahl/meine Fotoauswahl Vorurteile verstärkt werden?

- Wurde geprüft, ob ich Informationen, die Vorurteile schüren könnten, weglassen kann, ohne den Sinn und den Wahrheitsgehalt der Geschichte zu verändern oder das Verständnis der Leserinnen und Leser zu beeinträchtigen?
- Habe ich geprüft, ob bestimmte Informationen nicht andere Absichten konterkarieren (z.B. keine Nennung von Herkunft, aber Nennung eines auf einen Ausländer deutenden Vornamens)? Anmerkung: Die bloße Nennung der Herkunft eines (mutmaßlich) straffällig gewordenen Ausländers/Asylwerbers/Migranten ist nach der gängigen Praxis der Senate des Presserats kein Ethikverstoß. Dennoch sollten Journalisten abwägen, ob es im konkreten Fall für das Verständnis der Leserinnen und Leser erforderlich ist, die Herkunft anzuführen.
- Habe ich überlegt, ob durch meine Berichterstattung/meine Wortwahl/meine Fotoauswahl jemand gekränkt oder beleidigt werden könnte?
- Bin ich mir im Klaren darüber, welche Absichten meine Hinweisgeber/Recherchequellen verfolgen?
- Kann ich zu dem Thema ein Internet-Forum eröffnen, ohne befürchten zu müssen, dass die Diskussion entgleist?
- Bin ich sicher, dass ich keine außerjournalistischen Gründe habe, ausgerechnet dieses Thema aufzugreifen?

Dabei soll es sich nicht um Zensur handeln, sondern um medienpolitische Aufklärung, damit eine ausgewogene Berichterstattung über Flüchtlinge und Asylbewerber ermöglicht wird.

### ► **Die Abschaffung der Pressefreiheit**

Unter dem Deckmantel von Fake News und den geplanten Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene wird nichts anderes als die Abschaffung der Pressefreiheit eingeläutet!

Die sogenannten Alternativ-Medien, die im Gegensatz zu den Establishment-Medien noch nicht auf der Linie der Regierenden sind, werden so Schritt für Schritt gleichgeschaltet. Mitunter gleich ganz abgeschafft. Denn wer will noch lauthals seine Kritik an den bestehenden politischen und/oder wirtschaftlichen Missständen äußern, wenn er dafür nicht nur mehr stigmatisiert und beschimpft, sondern gar als „Terrorist“ eingestuft wird?

Dieser Prozess beginnt gerade. Auf leisen Sohlen kommt er daher und vernichtet die Grundwerte der Demokratie: Meinungsvielfalt und Pressefreiheit. Das hatten wir schon einmal!

**Wehret den Anfängen!**